

# Dresdner Volkszeitung

Postkonton: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Stadt und Dresden-Land

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 18000.— M., durch die Post bezogen monatlich 18000.— M., unter Kreuzband für Deutschland einschließlich 8000.— M., Einzelnummer 700.— M., Sonnabendnummer 1000.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Nonpareilzeile 1500.— M., auswärts 1800.— M., die 8spaltige Reklamezeile 7000.— M., auswärts 8000.— M., Ausland 6000 u. 20000 M. Bei mehrmaliger Aufzählung Ermäßigung, Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Brieflieferungen 500 M.

Nr. 152

Dresden, Dienstag den 3. Juli 1923

34. Jahrg.

## Die Folgen des aktiven Widerstandes

Die Attentate und Sprengungen der nationalistischen Verbrecher im besetzten Gebiet, vor allem die Explosion bei Duisburg, von der allerdings noch nicht feststeht, ob es sich um ein Verbrechen oder um einen Unglücksfall handelt, haben die politische Lage für Deutschland außerordentlich verschlechtert. Dagegen wurde durch sie die Stellung Poincarés zu Beginn der neuen Verhandlungen mit England und Belgien so verbessert, daß der Verdacht nahe liegt, auch dieses Mal handle es sich — wie an zahlreichen anderen Stellen — um eine Tat des nationalistischen Gesindels, das sich von französischem Geld aushalten läßt.

Poincaré befand sich in ziemlich schlechter diplomatischer Position, als dieser feige Mord ein neues Argument für seine Politik gab, sagt das Echo der Paris. „Die Vorkämpfer der Gewalt in Deutschland haben wieder einmal den Vorkämpfern der Gewalt in Frankreich Kränze gebracht.“ Selbst in der sonst gemäßigten französischen Presse ist die Empörung außerordentlich groß. Und die Wut der Nationalisten ist unbefriedigt. So verlangt Perdy in der Victoire nicht weniger als die Todesstrafe für hundert deutsche Geiseln.

Selbst bei den entschiedenen Gegnern Poincarés herrscht heute ein tiefes Mißtrauen gegen die Regierung Cuno, die bei ihrem Kampf gegen die deutschvölkischen Verchwörer völlig verlagert. Die einzelnen völkischen Wortführer — wie die in Paris — werden im Ausland aufmerksam verfolgt. Und die Rücksicht der deutschen Justiz und der Reichsregierung mit den völkischen und nationalistischen Verbrechern läßt der deutschen Sache unermesslichen Schaden zu. Die ganze Welt erwartet energische Maßnahmen. Nur der „eheliche Kaufmann“ hat — wie es scheint — nicht das geringste Verständnis dafür, daß hier etwas getan werden muß, und zwar sofort getan werden muß. Wenn auch Herr Cuno, wie er selbst sagt, kein Politiker ist und wir von Wilhelmens Zeiten her von der Regierung allerlei gewöhnt sind, die politische Verantwortlichkeit des jetzigen Reichskanzlers dürfte selbst für deutsche Verhältnisse etwas zu weit gehen.

### 18 Tote

WTB. Essen, 2. Juli. Die Zahl der bei dem Sprengungsausbruch auf der Duisburger Rheinbrücke ums Leben gekommenen belgischen Militärpersonen hat sich im Laufe der Nacht auf 18 erhöht. Eine Anzahl der Verwundeten befinden sich in kritischem Zustande.

WTB. Frankfurt a. M. Der in Polizeigewahrsam befindliche Duisburger Arbeiter hat unter genauer Angabe von Ort und Zeit eingestanden, daß er bei einer Zusammenkunft mit belgischen Geheimpolitikern versucht wurde, gegen das Duisburger Rathaus und gegen das Theater Bombenattentate zu unternehmen.

Habas meldet aus Koblenz: Am Eingang zum Mainzer Tunnel sind zwei Bomben mit Zeitzündern vorgefunden worden. Von diesen Bomben sei eine explodiert, ohne daß ein neuerwerteter Schaden entstand. Die andere sei von einem Kettleroffizier unglücklich gemacht worden. Die üblichen Sanktionen gegen Mainzer Beamte seien veranlaßt worden.

Schaden entstand. Die andere sei von einem Kettleroffizier unglücklich gemacht worden. Die üblichen Sanktionen gegen Mainzer Beamte seien veranlaßt worden.

### Ein neuer Schieferlaß

Eiberfeld, 2. Juli. (Fig. Draht.) Die Besatzungsbehörde hat angeordnet, daß auf jeden, der Schieferwege benutzen will, um ins besetzte Gebiet zu gelangen oder aus dem besetzten Gebiet herauszukommen, geschlossen wird. Am Montagmorgen sind infolgedessen in der hiesigen Gegend drei Arbeiter, die zur Arbeitstätte wollten, angehalten worden.

Gegenüber einer Darstellung der Sabotageagentur teilt das Reichswehrkommando Münster mit, daß weder Mannschaften noch Offiziere der Reichswehr bei dem Attentat auf der Duisburger Rheinbrücke beteiligt gewesen seien; ebenso will die Reichswehr Dynamit für Sprengungen nicht geliefert haben.

### Die Verräter vom „Oberland“

Am Freitag wurden in Mainz sieben Deutsche zum Tode verurteilt. Sie waren angeklagt, in verschiedenen Fällen Eisenbahnattentate verübt zu haben. Auch diese Verurteilten sind der französischen Gerichtsbehörde durch gegenseitigen Vertrat in die Hände gefallen. Sie alle gehörten dem Bund „Oberland“ an. Im Café Landsturm in Frankfurt war nach übereinstimmenden Aussagen der Verurteilten ein Werbebureau dieses Bundes mit dem Zweck eingerichtet, Sabotageakte im besetzten Gebiet durchzuführen. Allen Mitgliedern waren Karten ausgehändigt worden, auf welchen die Stellen eingezeichnet waren, an denen Sprengungen usw. vorgenommen werden sollten. Für die Tat wurden Vorschüsse in verschiedener Höhe gezahlt. Die Mehrzahl der Angeklagten erklärte, dem Bund „Oberland“ lediglich zum Zwecke des Geldverdienens beigetreten zu sein.

Am 8. Mai begaben sich die Angeklagten Gruber, Hoese und Schneider zu der französischen Geheimpolizei in Höchst a. M., um dort über den Zweck der Unterorganisation „Oberland“ in Frankfurt a. M. mit der Absicht, Geld zu erhalten, Angaben zu machen. Sie erhielten jedoch kein Geld, sondern wurden in Haft genommen, da sie sich im Einzelgehör ebenfalls wieder verrieteten und gestanden, an den bereits früher erfolgten Sabotageakten bei Bodenheim und Niederheimbach beteiligt gewesen zu sein. Durch die Angaben der Verräter gelangte die Polizei auf die Spur der übrigen Komplizen, die dann bald festgenommen wurden. Ferner deckte die französische Geheimpolizei das Dynamitdepot der Sabotagegesellschaft bei Mutterfeld auf.

Der Verlauf der Verhandlungen ergab ein äußerst trübes Charakterbild von den Angeklagten. Der eine versuchte die Schuld auf den andern abzuwälzen, was verraten werden konnte, wurde dem französischen Gericht mitgeteilt.

## „Republik oder Zusammenbruch“

Eine Mahnung des Zentrums

Das führende Zentrumsorgan, die Germania, macht in einem bemerkenswerten Artikel darauf aufmerksam, daß das deutsche Volk sich nach der bisherigen Haltung Poincarés, noch für lange Zeit auf den Ruhekampf einzurichten haben werde. Alles kommt daher darauf an, die inneren Gefahren zu bannen, die sich einem glücklichen Ende des Ruhekampfes entgegenstellen könnten. Diese Gefahren, die uns drohen, lägen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete und diese beiden Gefahrenmomente könnten leicht verhängnisvoll zusammenwirken. Wörtlich fährt das Blatt dann fort:

„In der republikanischen Welt verbinden außenpolitische Wünsche mit innenpolitischen Hoffnungen. Sie können die heutige Staatsform ab und fällen vielleicht mehr instinktiv als bewußt, daß ein für Deutschland glückliches Ende des Ruhekampfes die Republik besitzend und dann der Ansturm gegen den heutigen Staat eine aussichtslose Sache ist. Der angeblich nationale Kampf der Deutschvölkischen und der mit ihnen verflochtenen Geheimbünde für die Existenz Deutschlands ist in Wirklichkeit ein Kampf gegen die Republik. Für Regierung und Parlament, die die Hüter der Verfassung sind, ergeben sich daraus ernste Pflichten. Sie wissen, daß der bewußte Kampf gegen die Verfassung nicht mehr die Erfüllung deutschvölkischer Hoffnungen, sondern nur das Chaos bringen kann. Denn die Frage heißt heute nicht mehr: Republik oder Monarchie, sondern: Republik oder Zusammenbruch. Das deutsche Volk kann heute aus außen- und innenpolitischen Gründen nur in der republikanischen Staatsform leben. Und diese Erkenntnis erfordert klare Entscheidungen. Die Republik ist das Vaterland, und der bewußte Ansturm gegen unsere Staatsform ist das bewußte Verleugern des Vaterlands. Die Republik ist das Bewußte, jedes Verleugern der Republik von denen entgegengesetzt, die den wahren Widerstand wollen. Nur dann wird republikanische Verfassungen ihre Ausschüttungsmöglichkeit gewonnen, wenn die große Mehrheit des Volkes sich klar und freudig zum Staat bekennt und die Regierung den entschlossenen Willen zeigt, jeden Versuch der Ausschüttung im Reine zu verhindern. Wir sind endgültig verloren, wenn die jügernde Haltung der republikanischen Mehrheit des Volkes die Gegner zu dem Versuch reizt, einen Angriff auf den Staat zu wagen. Räuschen wir uns nicht darüber, daß es Kräfte gibt, die mit

diesem Schalen spielen, und daß sich Hände finden, die dahingehende Pläne anderer auszuführen sich vermessen.“

Die Germania verlangt dann im weiteren Verlaufe ihrer Darlegungen, daß die Staatsautorität alle gegenwärtigen Maßnahmen ablehnen werde, und sie erinnert an das Wort Dr. Cuno's, daß jetzt alles darauf ankomme, die Zustimmung des Volkes auf den Staat aufrechtzuerhalten und den Willen des Staates zu erweitern, sich unter allen Umständen und gegen alle Gefahren, sei es auch gegen die Wirtschaft, zu behaupten.

Wir stimmen dem Zentrumsblatt durchaus zu, nur fällt uns an solchen Stellen der Vernunft immer wieder auf, wie wenig die betreffenden Blätter und die hinter ihnen stehenden Parteien die nötigen Konsequenzen aus ihren richtigen Erkenntnissen ziehen. Wenn das Zentrumsblatt fordert, daß sich die Republik auch gegen die Wirtschaft durchsetze, so heißt das natürlich, daß sie den Kampf gegen das Großkapital aufnimmt, das ja der mächtigste und reaktionärste Faktor in der kapitalistischen Wirtschaft ist. Wo aber führt die Germania und wo das Zentrum den Kampf gegen die wachsende Uebermacht der Industriearbeiter? Und wenn die Germania die Stärkung der Autorität des gegenwärtigen republikanischen Staates gegen den Rechtsradikalismus fordert, so weiß das Blatt, daß dazu eine entsprechende Republikanisierung und Demokratisierung der Verwaltung des Reiches und vor allen Dingen des Wehrinstruments der Republik notwendig und doch Herr Gehehr dabei eine unmögliche Figur ist. Denn damit allein, daß sich Cuno endlich einmal entschieden gegen die deutschvölkische Nordbrennerei ausspricht, ist es doch nicht getan.

Es gibt einige große bürgerliche Blätter, die auf republikanischem Boden stehen und die obigen Notwendigkeiten erkennen. Aber wir sehen leider nicht, daß sie einen energischen Kampf für das richtige Erkennen zu führen und die ihnen nahestehenden republikanischen Kräfte für diese Fortschritte mitzureißen mühten.

## Der Weg zum Sozialismus

Von Sidney Webb (London)

Auf dem Jahreskongreß der Britischen Arbeiterpartei, der eben jetzt in London tagt, hielt Sidney Webb, der berühmte Gelehrte, die folgende Eröffnungsrede, die ein anschauliches Bild der Denkwelt und der Auffassungen des britischen Sozialismus unserer Tage gibt.

Beinahe fünf Jahre sind seit dem Waffenstillstand vergangen. Aber die komplizierte wirtschaftliche Organisation Europas ist bei weitem noch nicht wieder hergestellt. Armut und Entbehrungen herrschen in aller Welt. Nicht einmal die unmittelfachen materiellen Kriegsschäden sind wieder gutgemacht. Vielleicht niemals in der ganzen Geschichte hat es einen so vollständigen, so folgenschweren Mißerfolg gegeben wie den Mißerfolg der Staatsmänner, denen die Welt im Jahre 1919 die Aufgabe anvertraut hat, einen Frieden zu begründen.

Was ist die Ursache dieses Mißerfolges? Man hat gesagt — und darin liegt ein gutes Stück Wahrheit —, daß die verhängnisvollen Fehler der Friedensverträge, die heute noch ganz Europa in einem Zustand kriegerischer Spannung erhalten, das Ergebnis dessen waren, was die Theologen eine „unbesiegbare Unwissenheit“ nennen. In der Tat hat all die Wissenschaft, mit der die beamteten Gelehrten der Friedensdelegationen die „Großen Vier“ versehen hatten, diese „großen Männer“ nicht von dem Wahn abbringen können, daß sie, unbekümmert um unabänderliche harte Tatsachen, die Bestimmungen der Friedensverträge willkürlich danach festsetzen könnten, was ihnen an vorteilhaftesten für ihre einzelnen Länder erschien. Sie verstanden nicht die Tatsachen der Weltwirtschaft. Aber sie verstanden auch nicht jene moralischen Tatsachen, die nach meiner Ueberzeugung ebenso in der Natur der Dinge selbst begründet sind und die man ebensowenig ungestraft verletzen kann wie die Tatsachen des Wirtschaftskolosses selbst.

Heute beginnt ganz Europa zu sehen, daß es ebensowenig aufgebaut werden kann auf die Leidenchaften des Hasses und der Vergeltung wie auf die Reidenchaften der Furcht und der Gewalt. Es ist höchste Zeit, daß unsere auswärtige Politik nicht darauf gegründet werde, was wir als Nation für unser Recht ansehen, sondern darauf, was wir als das gemeinsame Interesse der Welt empfinden; nicht auf nationalen Haß, nicht auf nationale Furcht, sondern auf tiefes Gefühl der Brüderlichkeit aller Menschen; nicht darauf, wie wir aus anderen Nationen unseren eignen Profit herauszuschlagen, sondern darauf, wie wir mit unsern besondern Gaben und unsern besondern Gelegenheiten am besten der Menschheit als einem Ganzen dienen können.

Wir, die britische Arbeiterpartei, müssen eintreten für eine Politik des gegenseitigen Dienstes, und müssen diese Politik entgegensetzen der eigennütigen Politik des Profits, die wir ganz gleich ablehnen müssen, ob es sich nun um Profit des Individuums auf Kosten anderer Individuen oder um den Profit der Nation auf Kosten anderer Nationen handelt.

Eine solche Politik müßte freundschaftlich die Bereitwilligkeit des deutschen Volkes annehmen, nach Streichung des maßlosen Kriegsschuldungsanspruchs, gutzumachen im Rahmen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands die materiellen Schäden, die den Bergwerken und Gebäuden Frankreichs und Belgiens zugefügt worden sind.

Eine solche Politik würde aber zugleich alle darüber hinausgehenden Ansprüche streichen und eine allgemeine gegenseitige Streichung der Kriegsschulden anstreben.

Eine solche Politik würde den Völkerbund in eine Organisation verwandeln, die unbedingt alle Nationen der Welt umfassen müßte und die in ihrem Wirkungsbereich wenigstens so wirksam werden müßte, wie es der Weltpostverein in dem seinen ist. Das Ziel müßte eine internationale Währung, die Aufhebung aller Zollschranken und alles Passzwanges sein. Solange dieses Ziel infolge des Partikularismus vieler Staaten noch nicht erreichbar ist, müßte wenigstens ein einheitliches System der Verwaltung der Eisenbahnen und Wasserstraßen von Astrachan bis Algerien angetrieben werden, das störungslos und zollfreien Durchgang der Güter und der Menschen im Durchzugsverkehr garantiert.

Eine solche auswärtige Politik würde unserm Lande die Führung in der Welt wiedergeben, die es dank seiner gegenwärtigen Politik verloren hat.

Eine solche Politik müßte Frankreich vor allem freimütig sagen, daß wir keinen Schritt weiter mit Frankreich zu geben vermögen auf seinem Wege kriegerischen Angriffs, auf einem Wege, auf dem Frankreich geraten ist in einen Zustand, den die Psychoanalytiker einen Durcheinander nennen würden, einem Zustand, der einer großen Nation wahrhaft unwirksam ist.

Noch wichtiger aber wäre, daß eine solche internationale Politik alle Staaten Europas verhalten müßte, ein gemeinsames System der Erziehung zum Internationalismus von der Volksschule bis zur Universität anzunehmen, das erziehen müßte jene lächerlichen Fabeln der Geschichte und der Volkswirtschaftslehre, die heute, im vermeintlichen Interesse einer patriotischen Erziehung, in den Schulbüchern der ganzen Welt vorherrschen.

Im Rahmen einer solchen internationalen Politik würde auch unsere innere Politik ganz andre Züge gewinnen. Was

adlitz  
unter  
atzen,  
abank  
zoni  
rgasse  
fts-  
iben  
und  
ak-  
gen  
er  
pibht.  
790  
de  
Saub  
-G.  
rth  
lung  
ekoks  
19 508  
groß-  
lung  
a Tages-  
offerten  
a. b. H.  
onnagen  
G. m.  
b. H.  
de Ver-  
Qualität